



Energie für einen starken Industriestandort – verlässlich, günstig, klimaneutral

Zusammenfassung

Die industrielle Transformation wird elektrisch. Deshalb werden die Verfügbarkeit von günstigem Strom und leistungsfähige Stromnetze zu entscheidenden Wettbewerbsfaktoren für Baden-Württemberg. Unternehmen investieren dort, wo sie langfristig auf eine verlässliche, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung vertrauen können. Eine erfolgreiche Energiepolitik ist deshalb heute die Grundlage einer erfolgreichen Industrie- und Wirtschaftspolitik.

Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren die Voraussetzungen dafür konsequent verbessert: Effizienz und Sektorenkoppelung wurden gefördert, der Ausbau der Erneuerbaren beschleunigt, Genehmigungsverfahren verkürzt und mit der Taskforce Netzausbau wird jetzt die Grundlage für eine leistungsfähige Energieinfrastruktur geschaffen. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Dafür setzen wir auf drei Hebel: Wir bauen Erneuerbare weiterhin entschlossen aus, nutzen Energie durch Elektrifizierung und Sektorenkopplung effizienter und schaffen die Netze und Speicher, die ein moderner Industriestandort braucht. Gleichzeitig muss der Bund für faire Wettbewerbsbedingungen, schnellere Infrastrukturprojekte und langfristige Investitionssicherheit sorgen. So bleibt Baden-Württemberg ein starker Industriestandort mit innovativen Unternehmen, guten Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wohlstand.

Energie entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes

Baden-Württemberg ist Industrieland. Automobilbau, Maschinenbau, Chemie, Handwerk und Mittelstand brauchen große Mengen Energie – und künftig immer mehr davon als Strom. Denn Dekarbonisierung bedeutet vor allem Elektrifizierung; wo diese nicht möglich ist, brauchen wir grünen Wasserstoff.

Dabei geht es nicht einfach um mehr Energie, sondern darum, sie besser zu nutzen. Elektrische Antriebe, Wärmepumpen und elektrifizierte Produktionsprozesse können fossile Energieträger ersetzen

und den Energiebedarf deutlich senken. Energieeffizienz und Sektorenkopplung stärken damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und entlasten zugleich das Energiesystem.

Damit wird Energiepolitik zur Standortpolitik. Unser Ziel ist klar: Die Energieversorgung Baden-Württembergs muss **verlässlich, günstig und klimaneutral** sein. Zwei Voraussetzungen dafür brauchen jetzt besondere Aufmerksamkeit: leistungsfähige Netze und ein entschlossener Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg.

Netzausbau: Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Transformation

Elektrifizierung ist nur möglich, erneuerbare Energien können ihre Stärke nur entfalten, wenn der Strom dort ankommt, wo er gebraucht wird. Netzausbau, der Bau von Stromspeichern und deren netzdienliche Einbindung sowie der smarte digitale Netzanschluss werden damit zu entscheidenden Standortfaktoren.

Das Land handelt:

- **Netzausbau gemeinsam beschleunigen:** Mit der Taskforce Netzausbau wird das Umweltministerium Netzbetreiber, Behörden und weitere Beteiligte frühzeitig zusammenbringen, um Hemmnisse zu identifizieren und Projekte schneller umzusetzen.
- **Netzanschlüsse und Genehmigungen schneller machen:** Gemeinsam mit Netzbetreibern, Kommunen, Wirtschaft und Genehmigungsbehörden optimieren wir Netzanschlussprozesse und beschleunigen die Genehmigung notwendiger Netzausbauvorhaben.
- **Flächen für Netze schneller sichern:** Wir wollen Hemmnisse bei der Flächensicherung für Umspannwerke und Leitungen abbauen und die Verfahren bis zur tatsächlichen Umsetzung beschleunigen.

Vom Bund brauchen wir:

- **Infrastruktur ertüchtigen:** Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen weiter vereinfacht werden, damit die Netzinfrastuktur digitalisiert wird und mit Erzeugung und wachsendem Strombedarf Schritt hält.
- **Freileitungen Vorrang geben:** Wo technisch und vor Ort machbar, sollten kostengünstigere und schneller realisierbare Freileitungen gegenüber Erdkabeln Vorrang haben.
- **Netzkosten dauerhaft begrenzen:** Der Bund muss für Investitionssicherheit, Verlässlichkeit und Kostensenkung durch Standardisierung sorgen.

Erneuerbare Energien: Der günstigste Strom für morgen

Windkraft, Photovoltaik, Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie machen uns unabhängiger von fossilen Energieimporten und sorgen langfristig für stabile Strompreise. Sie sind damit nicht nur Klimaschutz, sondern ein entscheidender Standortvorteil für Baden-Württemberg. Doch Windenergieprojekte haben im Süden strukturelle Wettbewerbsnachteile: geringere Windhöffigkeit, anspruchsvollere Standorte und häufig höhere Erschließungs- und Anschlusskosten führen dazu, dass süddeutsche Projekte in den Ausschreibungen seltener zum Zuge kommen. Das muss der Bund korrigieren. Nur so können die über 1.700 Projekte, die in Baden-Württemberg in der Pipeline sind, auch realisiert werden und uns und unsere Wirtschaft mit günstigem und erneuerbarem Strom versorgen.

Das Land handelt:

- **Flächen für Erneuerbare bereitstellen:** Mit dem Zwei-Prozent-Flächenziel haben wir ausreichend Raum für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik geschaffen und Kommunen und Projektierern Planungssicherheit gegeben.
- **Hemmnisse beim Ausbau der (Freiflächen-)Photovoltaik abbauen:** Wir werden (Freiflächen-)Photovoltaikanlagen an bzw. entlang des Straßen- und Schienennetzes – auch wenn sie rechtlich in einem Landschaftsschutzgebiet liegen – ermöglichen.
- **Genehmigungen beschleunigen:** Wir haben Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt, damit aus geplanten Anlagen schneller tatsächlich erzeugter Strom wird.
- **Kommunales Klimainvestitionsprogramm als Hebel:** wir werden die kommunale Ebene und kommunale Stadtwerke mit einem Investitionsprogramm für den Klimaschutz unterstützen. Sie sind vor Ort die zentralen Partner für eine sichere und erneuerbare Energieversorgung. Dafür setzen wir uns mit einem Investitionsprogramm für Klimaresilienz und Klimaschutz in den Kommunen ein und wollen dies so ausgestalten, dass durch eine ökonomisch sinnvolle Hebelwirkung mit einer Milliarde Euro Landesgeld ein Vielfaches an Investitionen ausgelöst werden kann.
- **Photovoltaik weiter ausbauen:** Mit der Solaroffensive treiben wir den Ausbau auf Dächern, Freiflächen und weiteren geeigneten Flächen konsequent voran.
- **Weitere erneuerbare Potenziale erschließen:** Mit Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie nutzen wir gezielt die vielfältigen erneuerbaren Energiequellen, die Baden-Württemberg zu bieten

Vom Bund brauchen wir:

- **Faire Chancen für Windkraft im Süden:** Mit einer Südquote und/oder Sonderausschreibungen muss sichergestellt werden, dass auch wirtschaftlich tragfähige Windenergieprojekte in Süddeutschland bei den Ausschreibungen zum Zuge kommen.
- **Referenzertragsmodell weiterentwickeln:** Standorte mit geringerer Windhöffigkeit müssen im Referenzertragsmodell angemessen berücksichtigt werden, damit strukturelle Standortnachteile nicht zum Ausschlusskriterium werden.
- **Dach-Photovoltaik attraktiv halten:** Die verlässliche Einspeisevergütung für kleinere Dachanlagen muss erhalten bleiben, damit sich Investitionen für Bürger*innen und Unternehmen weiterhin rechnen.
- **Planungssicherheit im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schaffen:** Wer heute in Erneuerbare Energien investiert, braucht verlässliche Rahmenbedingungen statt immer neuer Änderungen während der Projektentwicklung.
- **Vorankommen mit der Wasserstoffwirtschaft:** In etlichen Bereichen, vor allem in der Industrie, führt der Weg zur Dekarbonisierung nur über grünen Wasserstoff. Der Bund ist gefragt, hier für klare Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit zu sorgen.

Energiepolitik ist Standortpolitik

Baden-Württemberg soll auch morgen Industrieland bleiben. Dafür brauchen unsere Unternehmen Energie, die verlässlich verfügbar, international wettbewerbsfähig und klimaneutral ist. Mit Effizienz und Elektrifizierung, Erneuerbaren Energien und leistungsfähigen Netzen schaffen wir dafür die Grundlage.

So sichern wir Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze im Land – und machen aus der Energiewende einen Standortvorteil für Baden-Württemberg.

Beschlossen auf der Fraktionsklausur in Leimen im September 2026.